

Germanenstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Erscheinung
mit Ausnahme des
Sonntags täglich.
Kostet für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zustellung in's
Haus 1 fl.
Mit
Postverendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl. viertel-
jährig 4 fl. 50 kr. 3. B.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.
Redaktion und Eigen-
thümer
Th. Steinhäufen.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhäufen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Post bezogen dieselben Leop.
Lang, Intern. Annoncen-
Expeditiön, Dorotheengasse
9; für Wien die Annon-
cenbureau: A. Oppalik,
Wollgasse 22, Haasenstein
& Vogler, Reiter Markt 11,
Rudolf Mosse, Celler-
straße 2; für's Ausland
Haasenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Basel u. Paris.
Das einmalige Einrücken einer
einhalbjährigen Annonce
kostet 7 kr., das 2. Mal 6 kr.,
das 3. Mal 5 kr. 3. B. ercl.
der Stempelgebühr 2 3/4 kr.

Filial-Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Joh. Friedrich Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Rinn, Kaufmann; in Brass bei Herrn J. F. Renhard, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Renhard, Kaufmann; in Maros-Vasárhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Scheil, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Reibner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 68.

Germanenstadt, Dienstag am 19. März.

1872.

Telegramm

„Germanenstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“

Wien, 18. März. Der Verfassungsausschuß nahm über Ersuchen des Ministerpräsidenten die Verathung der Frage wegen Revision der Galizien zu gewährenden Pauschalien wieder auf, nahm nach längerer Debatte den vom Finanzminister be-
fürworteten früheren Reichsauer'schen Antrag auf fünfjährige Revision an und beschloß, sämtliche gefaßte Beschlüsse dem Subcomité zur Formulierung zuzuweisen.

Amtliches.

(Neue Obergepänne.) Das Amtsblatt publicirt die a. h. Entschlüsse, mit welchen Sr. Majestät den Obergepän des Lombar Komitats Paul Szathmari-Király auf dessen Ansuchen von diesem Posten zu entsetzen und an seine Stelle Johann Barczay zu ernennen; ferner den Obergepän des Komitats Grafen Aladar Andrásh unter voller Anerkennung seiner bisherigen treuen und eifrigen Dienste, die nachgesuchte Enthebung von diesem Posten zu ertheilen und an seine Stelle den Obergepän der gel. ver. Komitate Somor und Kécskút, Grafen Emanuel Andrásh, zum Obergepän des Somor-Kis-Honter Komitats aber den dortigen Obergepän Gustav Nagy allergnädigst zu ernennen gerüht.
Der königliche Rathsrath ist von Sr. Majestät mit a. h. Entschluß vom 8. d. dem Obergepän des Neutraer Komitats Johann Markhot als Anerkennung seines gemeinnützigen Wirkens tasset a. g. verliehen worden.

Politische Uebersicht.

Wien, 16. März.
Im Abgeordnetenhaus wurde gestern neben mehreren anderen Gesetzen auch dasjenige über die halbe Million zu Gnadengaben der Regierung an katholische Geistliche angenommen. Die Kosten der Debatte betruft, wie schon oft, der Abgeordnete sowohl durch die eigene Rede als durch die veranlaßten Erwiderungen.

Die Ente, welche dieser Tage via „Presse“ über die Leitha hinlief, sie kommt nun via „Ungar. Lloyd“ als Ente wieder heim. „Presse“ wollte wissen, daß Graf Andrásh sich nach Pest zurückziehe, um dort Ordnung machen zu helfen; das Pest'er Blatt weiß zu berichten, Sr. Majestät der Kaiser habe an die Erhebung Kompay's durch Andrásh gedacht, den Gedanken jedoch aufgegeben, weil für den Palpaß kein entsprechender Mann zu finden war. Weid's ist Dichtung, ohne ein Körnchen von Wahrheit. Man erzählt uns, daß ein polnischer Magnat auf die Nachricht der „Presse“ hin nicht dringender zu thun fand, als zum Grafen Andrásh zu eilen und denselben freundschaftlich zu interpelliren. Der Minister des Aeußern antwortete ihm mit jener gewohnten Klarheit und Präcision: „Wenn ich es jetzt notwendig fände, heimzukehren, so hieße das demonstrieren wollen, daß in Ungarn Constitutionalismus und Parlamentarismus auf zwei Augen ruhen. Das wäre aber nicht nur eine Ueberschätzung meinerseits, sondern auch eine Unwahrheit. Die neue Ordnung steht, gottlob, fest genug in Ungarn. Die Krone, die Majorität des Parlamentes und die Majorität des Volkes gehen treu und einmüthig zusammen. Die Krone kann es sich nicht gefallen lassen, daß die Rechte, welche sie sich zu Gunsten der Majorität begeben, durch die Minorität usurpirt werden, und die Majorität des ungarischen Parlamentes ist auch nicht von dem Grolze, aus dem man Hampelmännchen zu schnitzen pflegt. Die hat schon ganz andere Stürme gesehen! Die Krone im Verein mit der Majorität in und außer dem Parlament wird denn auch stark genug sein, sich der unparlamentar-

rischen Springfluth zu erwehren. Ich bin in dieser Hinsicht vollkommen ruhig. Was aber das „nach Hause kehren“ anbelangt, so glaube ich überall zu Hause zu sein, wo ich im Dienste des Monarchen, des Vaterlandes und der Monarchie stehe.“

Die Gesetze, welche das immer rückhaltlosere Vorgehen der Linken Deutschlands für die Festigung des letzteren erzielt, sind natürlich den Franzosen ein Dorn im Auge. Hat doch Fürst Bismarck in seiner großen Herrenhaus-Rede ausdrücklich hervorgehoben, wie all die vom Vatican ausgeleitete Umtriebe auf eine Allianz der Kirche mit Frankreich, auf beiderseitige Verbände an Deutschland berechnet sind, und bezeugt doch zum Ueberflus die deutschfeindliche Schwelung aller unter geistlicher Diktatur stehenden österreichisch-ungarischen Parteien und Nationalitäten, daß das Pest'sche Frankreich gleichzeitig mit der Allmacht der Kirche hergestellt werden soll. Die französischen Blätter sind deshalb von Bismarck's Erfolge keineswegs erbaut. Nur das Journal des Debats ist in den bereits erwähnten und telegraphisch übermachten Auslassungen so gerecht, eingesehen, daß die deutsche Regierung im vollem Rechte handelt, wenn sie all ihre inneren Widerwärtigkeiten niederlegt. Aber, meint das Blatt, zu diesem Zwecke hätte Bismarck nicht das „französische Gespenst“ heraufbeschwören sollen. Das erinnere an Rouher's Taktik, der, wo Gründe nicht vorfinden, das rothe Geipend aufmarschiren ließ. Daß man im Vatican keine zärtlichen Gefühle für Deutschland hegt, sei für letzteres eine ernste Sache, für Franzosen aber eine müßige Frage. „In Paris und Frankreich denkt man an ganz andere Dinge, als an die Unterstügung der clericalen Intrigen gegen den preussischen Protestantismus. Fürst Bismarck hat die Taktik einiger mittelalterlicher Schwärmer für Wirklichkeit gehalten, aber stellt sich doch, als halte er sie dafür; aber er weiß gewiß so gut wie wir, daß ganz Frankreich und seine Regierung jetzt nur einen Gedanken, eine Sorge haben: die Befreiung des Territoriums und die politische und moralische Regeneration des Landes. Seine indirecten Angriffe werden und in diesem heilsamen Werke nicht aufhalten.“

Aus Paris vom 11. d. wird der „Times“ telegraphirt: „Es scheint gewiß zu sein, daß die Unterhandlungen mit der deutschen Regierung wegen der antipatriotischen Räumung des französischen Gebietes vor dem Wüthenden des Herrn Bouyer-Duette eingeleitet worden waren. Diese Negotiationen haben zur Grundfrage die Zahlung der drei Milliarden zwischen dem 31. Dezember d. J. und dem 31. Dezember 1876, und zwar so, daß eine Milliarde in dem laufenden Jahre und eine halbe Milliarde in jedem der vier folgenden Jahre bezahlt werden sollen.“

Ueber das Ableben Mazzini's in Pisa berichten die italienischen Blätter Folgendes: Die Unità Italiana sagt, daß der Tod Mazzini's am 10. März um 2 Uhr Nachmittags in Pisa erfolgt sei. Ein Telegramm des Pungolo bringt zur Kenntniß, daß der Tod des berühmten Patrioten nach einer achtzigjährigen Krankheit in Folge einer Lungenerkrankung und Herzverletzung eingetreten sei. Die Gazzetta di Milano berichtet, der Deputirte Verani habe auf telegraphischem Wege dem Professor Paolo Sorini eingeladen, sich nach Pisa, Via Maddalena Nr. 39, zu verfügen, um die Einbalsamirung des berühmten Todten vorzunehmen. Die Journale von Genua bringen Nachrichten von Arbeiter-Versammlungen, die einberufen wurden, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, das Andenken des Mannes zu ehren, dessen Vaterland zu sein Genua sich rühmen kann. Der Verein „Pensiero ed Azione“ fordert die Bürgerschaft auf, eine Kundgebung der allgemeinen Trauer zu geben, und stellt das Ersuchen an die Uebersitzer-Eigenthümer, an einem so ersten Tage die Vorstellungen zu unterlassen.

In der italienischen Kammer Sitzung am 10. März wurde eine von den Abgeordneten Celsi, Rizzaro, Rizzari, Righi, Rinaldi, Bonfadini und Andern gezeichnete Erklärung eingebracht, in der es heißt:

„Die Kammer sei erschüttert über die Nachricht von dem Ableben Mazzini's, und drücke, eingedenk des langen und wirksamen Apollates, das er für die Einigung Italiens unternommen, ihren Schmerz aus.“ Der Präsident fügte hinzu, er glaube annehmen zu dürfen, die Kammer anerkenne in Mazzini den tiefen Denker, den ausgezeichneten Schriftsteller, den großen Patrioten, der so gläubig die italienische Einigung und Unabhängigkeit gefördert habe, und sie werde sich einer Erklärung anschließen, in der dem lebhaftesten Bedauern Ausdruck zu geben sei, das nur dadurch etwas gemildert werde, daß Mazzini vergangen war, das nationale Werk erfüllt zu sehen, dem er sein ganzes Leben geweiht, und daß er den letzten Antheil auf italienischer Erde aushauchen konnte. Morelli und noch Andere wollten bei diesem Anlasse das Wort ergreifen, der Präsident aber sagte: „Ich kann keine Discussion eröffnen lassen, weil mir die Kundgebung der Kammer so einhellig erscheint, um nicht durch persönliche Auseinandersetzungen wesentlich gewinnen zu können.“ Mit diesen Worten schloß er die Discussion über diesen Gegenstand.

Die Redaction der Zeitungen bringen und heute eine ganze Reihe von Dokumenten, welche von den riefigen Anstrengungen aller Parteien Zeugniß geben. Da ist zuerst das Programm der nationalen Coalition, der vereinigten oppositionellen Parteien nämlich, voraus zu erheben, daß die Allianz nur für die Wahlen gilt, um dadurch, daß in jedem Wahlbezirk nur ein Oppositions-Candidat auftritt, die Regierung überall aus dem Felde zu schlagen. In der Kammer selber werden Republikaner und Carlisten natürlich öfter gegen einander stimmen. Gibt es doch keinen größeren Gegensatz, als zwischen republikanischen Prinzipien und dem telegraphisch angezeigten Manifeste Don Carlos'. Der Präsident kennt nur Regierungen von Gottes Gnade, die Volkssouveränität existirt für ihn nicht im mindesten. „Gott allein“, sagt er in seinem Manifeste, „bildet und konstituirte die Völker, Gott allein kann Verfassungen machen und die Freiheit und das Glück den Völkern geben. Man muß ein für allemal mit dieser unerträglichen Tyrannei der Parteien ein Ende machen, man muß den frechen Stolz brechen, welcher den Händen Gottes die Heiligkeit der Familie und die Ehre der Männer entreißen möchte, um sie den Launen dieser Majoritäten zu überantworten, welche verberberisch erzeugte Kinder legitimiren und dem Tugendhaften jedes Recht nehmen.“ Zu erwähnen wäre noch, daß auch die „Internationale“ zum Anschlusse an die Coalition eingeladen wurde, den Beitritt indes ablehnte.

Nachrichten aus Mexico, welche von Matamoros, 23. Februar, datirt sind, bestätigen den Tod des Porfirio Diaz, fügen aber hinzu, daß der Aufstand darum noch keineswegs zu Ende ist. Die Anhänger des Porfirio Diaz haben sich für Verdo Tejeda oder Juzman als Präsidenten erklärt. San Luis Potosi ist der allgemeine Zielort der Aufständischen, und während in den Städten nördlich von Sierra Madre nur eine spärliche Garnison zurückgelassen war, wurde San Luis Potosi von allen verfügbaren Truppen der Inturgenten unter den Generalen Oñate, Martinez und Treviño belagert. General Rocha, der beste Offizier von den Anhängern des Juarez, ist bisher nicht im Stande gewesen, die Belagerung aufzuheben, und sollte er kapituliren müssen, so ist, wie man allgemein glaubt, das nördliche Mexico für Juarez verloren.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Pest, 14. März. Präsident Somfisch eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr Vormittags.
Auf der Ministerbank: Könyv, Reispol, Lóth, Wittó, Pauer, Liza, Bendheim.
Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.
Der dreißigtägige Termin zur Einbringung von Protesten gegen die

Feuilleton.

Kleine Pariser Chronik.

— 11. März.

Gestern Morgens um 7 Uhr 20 Minuten ist der Prinz von Wales mit dem von Calais kommenden Silzuge in Paris eingetroffen. Der Prinz war begleitet von der Prinzessin von Wales zwei Kammerern, zwei Ehren Damen und einem Gefolge von 18 Personen. Ihre königlichen Hoheiten wurden auf die allereinfachste Weise vom Stationschef Tillac und vom Betriebsdirector Louain der französischen Nordbahn auf dem Bahnhofe empfangen. Der Prinz und die Prinzessin begaben sich hierauf in's Hotel de Brissol, wo sie die großen Appartements im ersten Stockwerke inne haben. Ihr Aufenthalt in Paris wird nur von kurzer Dauer sein, da sie demnach nach Italien abreisen. Ihre erste Station wird Nizza sein.

Der officielle Theil der kleinen Chronik wäre hiemit erledigt; nun zum nichtamtlichen.

Herr de R... ist ein reicher Gutesbesitzer im Faubourg St. Honoré, der vor Kurzem ein junges Mädchen von seltener Schönheit, welches in der eleganten Welt wohlbekannt ist, geheiratet hat. Vor zwei Tagen meldet sich in seinem Hotel ein Abgeordneter des Polizeipräsidenten und hält an Herrn de R... etwa folgende Ansprache: „Entschuldigen Sie mich, Herr Graf, wenn ich Sie in einer Angelegenheit meines Amtes belästige; seien Sie jedoch ohne Beforgnis, ich werde das Ding so einleiten, daß aus meiner Intervention kein Scandal entstehe.“ — „Was wollen Sie sagen?“ fragte der Graf, von dieser Einleitung nicht wenig erschreckt. — „Oh, nicht viel! Sie beherbergen in Ihrem Hotel einen jungen Menschen, der Rekrutirungsfüchling ist und mit dessen Verhaftung ich beauftragt bin.“ — „Ein Rekrutirungsfüchling bei mir! Sie scherzen wohl?“ — „Keineswegs, Herr Graf.“ — „Aber ich habe

bei mir nur einen alten Kutscher und eine mindestens fünfzigjährige Köchin.“ — „Sont Niemanden?“ — „Ah! lachte der Graf, ich vergaß Marien, das neue Kammermädchen meiner Gattin; es hilft derselben eben aus dem Bade.“ — „Gerade Mamsell Marie ist der Rekrutirungsfüchling“, sagte der Mann des Gesetzes kalt. — „Was?“ rief der Graf erlebend. — „Ja, Herr Graf, Mamsell Marie ist niemand Anderer, als unser noch ganz barlotter Anstreifer, der sich vor vierzehn Tagen in der Verkleidung eines Kammermädchens bei Ihnen vorgestellt hat.“ — „Wüthend, wie man sich denken mag, stürzte der Graf in das Bahngemach der Gräfin und holte aus demselben die seltsamste Pöste, die sich übrigens ihrer neuen Obliegenheiten auf das Gewissenhafteste entledigte, mit einiger Pöflichkeit hervor, um sie dem Abgesandten der Polizei zu überantworten. — Für die Wahrheit dieser Geschichte bürgt — der Figaro.“

Herr M... behandelt seine Diener etwas gar zu — lebhaft, und Pierre, sein Kammerdiener, ist unter ihnen derjenige, der gemeinlich von der übeln Laune des Herrn am ärgsten zu leiden hat. Pierre ist stolz und erträgt nur mit Mühe die Grobheiten seines Gebieters; doch ist er zu gut erzogen und vor Allem zu gut bezahlt, um je nur eine Bewegung des Mißfallens zu machen. Seine Unterwürfigkeit ist indessen nur scheinbar; um sich zu rächen, hat er das folgende Mittel gefunden: Eines Morgens, während Herr M. beim Frühstück sitzt, wird geläutet. Pierre eilt in das Vorzimmer, um zu öffnen. Der Ankommende ist offenbar unwirsch, ja beleidigend, denn man hört Pierre ihm mit empörender Stimme sagen: „Das ist möglich, mein Herr; ich verbiete Ihnen jedoch zu behaupten, mein Gebieter sei ein Flegel und groß mit seinen Dienern! Sie behaupten, er sei ein Scundian! Wer sagt Ihnen, daß er meinen Lohn im nächsten Monate nicht erhöhen wird? Was die Dummheit betrifft, so verbiete ich Ihnen, ihn einen Dummkranz zu nennen! Er ist vielleicht jorinig, er weiß auch nicht immer, was er in der Halle spricht; aber man achtet nicht darauf, weil er weiß, daß er das Recht, seinen Leuten Gemeinheiten in's Gesicht zu werfen, jedes Mal mit Geld erkaufen muß!“ Hierauf wurde die Thüre geräuschvoll geschlossen und Pierre

kehrte mit der befriedigten Miene eines Menschen, der seine Pflicht erfüllt hat, zu seinem Herrn zurück. — Natürlich war Niemand sonst gekommen, als ein anderer Bedienter, der mit Pierre unter einer Decke steckte, und der letztere erleichterte sich in einem gelungenen und von seinem Herrn gehörten Monologe von all' den Injurien, die er ihm nicht in's Gesicht sagen durfte.

Herr J... seit Langem an eine absolut unerträgliche Frau verheiratet, vernahm vor Kurzem, sie hintergehe ihn mit seinem Freunde C... Der Roman kam so weit, daß C... von der Leidenschaft befiel, Madame J. entführte und diesen seinen Schatz in einer Villa der Umgebung von Paris verbarg. Herr J. entbedt den Zufluchtsort der Schuldigen, konstatirt die Größe seines Unglücks, schreit drohend auf C... zu, der sehr aufgeregt ist, weist ihm die geballte Faust und spricht: „Mache sie glücklich, Unseliger, sonst — ich sage Dir nichts als dieses!“ (Und bleibe Dein Vater Cepheses, hätte er noch hinzusetzen können.) Darauf entfernte er sich majestätisch — Auch bezüglich der Authentizität dieses Gesichtsches müssen wir uns auf den „Figaro“ beziehen, der hinzusetzt: „Die Sache ist historisch“, welche Phrase man bekanntlich mit Vorzug gebraucht, wenn man Erfundenes eigenen oder fremden Fabrikates preiswürdig an den Mann bringen will.

Eine nette Reminiscenz aus dem Jahre 1848 erzählt ein anderes Blatt: Herr Corbon war einer der Vicepräsidenten der französischen Nationalversammlung von 1848, der von allen vieren derjenige, welcher am besten den Vorrang führte. Zuweilen gelang ihm ein glückliches Wort. Eines Tages war in der Assemblée große Debatte gegen die Jesuiten. Ein Mitglied der Rechten erbat sich das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. — „Bürger“, fragte Präsident Corbon ihn, „sind Sie Jesuit?“ — „Nein“, stammelte der wüthige Ultramontane. — „Nun wohl“, entsetzte Corbon, „so ertheile ich Ihnen das Wort nicht.“ Und die Erörterung nahm ihren Fortgang.

Im „Rappel“ gibt heute Victor Hugo ein großes Gedicht zum Besten, welches äußerst zeitgemäß den Nachkrieg gegen Deutschland predigt. In einer Jagd nach frapanten Reimen singt er:

Saldo- vortrag auf Februar	Summe
fl. 92 45	fl. 966 60
49 58	5089 21
30881 75	138432 18
80763 24	146005 54
1078 5	11552 16
2263 46	51434 94
1422 74	28695 63
74891 22	382132 26

Beileitung.

verkauf.

Heine Fleisbergasse, in
Stadt zu verkaufen. —
agen. 3—3

tion 2—3

3. verfallenen Pänder
der Mediascher Pfand.

1872.

Die Direction.
Guralgien. Diar.
iken.



Apotheker in Paris.

aments hat ihm die Ge-
von Paris verschafft. —
Andermafter angehöft, ge-
rüne zu heben, oder die
e zu 12 Pabier. Um die
hebe man die Etiquette
— Depôts: In Her-
rappelbacher & Söhne;
entlich in Kronstadt bei
J. v. Zorot.

und Impotenz,
anden.

Dr. L. Ernst.
T. Döhrer Str. 15, von
ntag.

und nur zur Erzielung
die leidenschaftliche Beile
lter behandelt. Dieser
lang von den furcht-
den, daß sie noch im
schmerzhaften Behand-
haben. Schug gegen
ärztliche Behandlung
bekannt, ist die ver-
fang eine sehr wohl-
bekanntesten sind. Die
ten werden. 6—12

batt.

En
détail.

ersten Sorte.
ten.

fl. 2.80
fl. 3.10
fl. 3.80
fl. 4.20
fl. 4.50

Zusamt mit Leder
fl. 5 bis fl. 5.80.

fl. 3.—
fl. 3.20
fl. 3.80
fl. 4.20

mit Leder belegt fl. 5.20

schube zu fr. 85.
Wantaft in neuester

beremüßigt sind, der
verpflichtet reparirt.
Doppelt fl. 1.35,
recturirt. — Nicht-
21—24

Wahl Guido v. Baumgarten ist abgelaufen, der Abgeordnete demnach definitiv verifiziert.

Edvard Jrebonpi erklärt als Präsident der sechsten Sektion, daß diese den hauptsächlichsten Gegenstand noch nicht erledigt habe.

Präsident: Es sind im Ganzen noch 3 Sektionen mit dem Gegenstand zurück; wünscht das Haus mit Rücksicht auf dieselben heute Nachmittags keine Sitzung zu halten? (Rufe: Die Sitzung soll gehalten werden! Keine Sitzung!)

Ministerpräsident Graf Melchior Lönpay will sich gerne auf den Standpunkt der Billigkeit stellen und ist dafür, daß heute Nachmittags keine Sitzung stattfindet, dafür aber möge die gegenwärtige Sitzung bis 3 Uhr dauern. (Rufe: Das ist ohnehin im gestrigen Beschlusse ausgesprochen.)

Es wird demzufolge einstimmig beschlossen, heute Nachmittags keine Sitzung zu halten.

Koloman Schiczp überreicht das Gesuch der Landeskongregation der Linken um Zurücknahme des Gesetzentwurfes über das fünfjährige Mandat.

Benjamin Guthy erzählt Fälle von ungerechten und gewaltsamen Steuerrückstände-Ereignissen im Mittelholzer Komitat und interpelliert den Finanzminister, ob er Kenntnis von diesem ungesetzlichen Vorgehen der betreffenden Steuerbeamten habe und wenn nicht, ob er sich Kenntnis davon verschaffen und den beschuldigten Bürgern zu ihrem Rechte verhelfen wolle.

Finanzminister Karl Kerkápolyp erklärt, daß das einzige Mittel des Ministers, sich von solchem ungesetzlichen Vorgehen einzelner Beamten Kenntnis zu verschaffen, die Klage derjenigen ist, denen Unrecht geschieht. Aus dem Mittelholzer Komitate sind solche Klagen eingelaufen und die Regierung hat nicht gekümmert, das begangene Unrecht gutzumachen.

Von den anderen Fällen, die der Interpellant anführt, hat Redner keine Kenntnis und er gedenkt auch nicht, sich Kenntnis davon zu verschaffen, denn es ist Aufgabe der Beschuldigten, ihren Fall in Klageschriften zur Kenntnis des Ministers zu bringen.

Benjamin Guthy ist vom ersten Theil der Antwort befriedigt; hinsichtlich des zweiten Theils bemerkt er, daß die Betreffenden sich nicht getrauen zu klagen, weshalb Redner die Sache im Hause zur Sprache gebracht hat.

Koloman Tisza richtet folgende Interpellation an den Minister des Innern: Nachdem der Herr Minister des Innern den Bericht, den vorgelegt ist über das Gesuch des Mittelholzer Komitates vom Hause angewiesen wurde, noch bis zum heutigen Tage nicht vorgelegt hat; nachdem auch in anderen Jurisdiktionen bei Gelegenheit der Restaurationen Mißbräuche der Gewalt des Obergespans vorgekommen sind; nachdem diese Mißbräuche die Annahme sehr berechtigt machen, daß auch bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen Mißbräuche der Macht des Obergespans vorkommen werden, wenn nämlich diesbezüglich keine Verfügung geschieht, so frage ich den geehrten Herrn Minister:

1. Beschäftigt er den Bericht über das Gesuch des Mittelholzer Komitates vorzulegen, und wenn ja, wann?

2. Billigt er die Mißbräuche oder nicht, welche die Obergespäne bei der Ausübung des Kandidationsrechtes in mehreren Jurisdiktionen begangen haben, und wenn er sie nicht billigt, hat er diesbezüglich Verfügungen getroffen?

3. Beschäftigt er, zu verfügen, daß die Obergespäne bei den herannahenden Abgeordnetenwahlen ihre Amtsgewalt nicht mißbrauchen und dadurch die Freiheit der Wahlen gefährden?

Die Interpellation wird dem betreffenden Minister zugestellt.

Alexander Guthy interpelliert den Ministerpräsidenten, in welchem Stadium sich die Angelegenheit des orientalischen Bahnan schlusses befindet?

Ministerpräsident Lönpay erklärt, daß die Regierung die ganze Wichtigkeit der Eisenbahnverbindung mit dem Oriente aufwasse, und bewußt sei, die kürzeste Verbindungslinie mit Konstantinopel zu Stande zu bringen. Sie hat beim gemeinsamen Ministerium Schritte gethan, damit bei den Verhandlungen bezüglich des Anschlusses die Interessen Ungarns gewahrt werden. Nebenbei wird die Regierung noch heute einen Gesetzentwurf einreichen, der mit diesem Gegenstande zusammenhängt und die Wichtigkeit desselben, die auch der Interpellant anerkennt, ist ein Grund mehr, die obgleichwährenden Debatten abzukürzen.

Alexander Guthy ist von der Antwort befriedigt, die das Haus zur Kenntnis nimmt.

Karl B. Szathmáry bringt einen Beschlusa ntrag ein, wonach das Haus den Unterrichtsminister anweisen soll, noch zum nächsten Schuljahr die Klausurkürzer Universitäten zu errichten und die Kosten in einem Nachtragsetzteile vom Hause zu verlangen.

Emerich Henßmann beantragt, das Haus möge den vom Zentralauschuß bereits verhandelten Gesetzentwurf über die Errichtung der Klausurkürzer Universitäten unverzüglich in Verhandlung nehmen.

Blasius Drbá n bringt einen Beschlusa ntrag ein, wonach das Haus die Regierung anweist, sie möge in Anbetracht des massenhaften Ueberhandnehmens der Syphiliswanderung nach der Moldowalade die Frage studiren und wenn es sein muß, auch mit Opfern die Mittel schaffen, welche diese Massenwanderung verhindern. Als solche Mittel bezeichnet Redner die Förderung der Fabrikindustrie im Syzlerlande und die Ansiedelung von Syzlerfamilien auf aratischen Besitzungen unter günstigen Bedingungen.

„Puisque voici venir le mois de mai charmant, Nous devons regarder le sacré firmament, Les bois, les champs, le lys, la rose, la pervenche. Avec cette pensée au coeur: notre revanche!“

(Weil nun der reizende Maimond wiederkommt, so wollen wir das geblühete Firmament anblicken, die Wälder, die Felder, die Lilie, die Rose, das Sinngrün, mit dem Gedanken im Herzen: unsere Rache!)

Kurz darauf fährt er fort: „So lange sie im Elsaß und in Lothringen sind, sind sie bei uns. Auf Dir, Volk, schleppt ihr Säbel, sie haben Dir Deine Habe genommen, Volk. Wohlan, man nimmt sie wieder. Ah! selbst das größte der Jahrsuntertheile ist nicht groß (!?), wenn ein Schattchen von Schande seinem Ruhme heimgesicht ist. Neben einem weißen Flügel einen schwarzen haben — nein, Frankreich, nein! nie hast Du so geliebt: und der Friede ist erst Friede, nachdem man gestreift hat.“

Der letzte Vers könnte in der That als Motto auf die Geschichte Frankreichs gesetzt werden.

Literarisches.

(Diezels Riederjagd.) Von E. Diezel's berühmtem Werke „Erzählungen aus dem Gebiete der Riederjagd“ erscheint endlich und erste Lieferung (Preis 10 Sgr.) liegt uns in eleganter, mit Illustrationen geschmückter Ausstattung vor.

Diezels Buch ist die Frucht dreißigjähriger Erfahrung. Was er dem Leser bietet, ist kein Lehrbuch der Jagdwissenschaft, sondern der praktische Jagdbetrieb ist der Schwerpunkt der Aufgabe, welche er sich gestellt und glänzend gelöst hat. Die einzelnen Abschnitte des Buches behandeln: Die Einrichtung des Vorstehandes, Der Hahn, Das Kennzeichen, Der Dachs, Der Fuchs, Der Wolf, Das Fehlbild, Die Waldschnecke, Die Beccaffine, Die Ente, Die Gans, — Kanndogel, — Die Schießkunst, — Das Jagdverbot. Die zahllosen alten Freunde des Diezelschen Werkes werden nicht zögern, sich in den Besitz dieser neuen, schönen Ausgabe zu setzen und allen Jägern und Jagdliebhabern, welche das Buch noch nicht kennen, kann es nicht warm genug empfohlen werden.

Ministerpräsident Graf Lönpay: Dieser Gegenstand ist ohnehin ein solcher, den die Regierung fortwährend mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und darum dürfte der Beschlusa ntrag überflüssig sein.

Blasius Drbá n hält der Äußerung des Ministerpräsidenten den Umstand entgegen, daß trotz der Aufmerksamkeit, mit der die Regierung diesen Gegenstand verfolgt, die Auswanderung von Tag zu Tag massenhafter wird.

Thomas Böchy beantragt, daß in Zukunft immer sämtliche noch nicht erledigte Anträge und Interpellationen, die in der ganzen Session eingebracht wurden, im betreffenden Verzeichnisse aufgezählt werden sollen.

Sämmtliche Anträge werden in Druck gelegt und verteilt worden. Moriz Jókai wünscht seinen gestern eingebrachten Antrag, wonach das Haus sofort den Gesetzentwurf über die hauptsächlichste Organisation vornehmen soll, zu motiviren und das Haus von der Dringlichkeit desselben zu überzeugen.

Der Präsident macht ihn darauf aufmerksam, daß dies nicht möglich sei; im Sinne der Geschäftsordnung wird ein Antrag mit kurzer Motivirung eingebracht; dann wird darüber beraten und beschlossen, wann der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen ist; endlich wird er auf die Tagesordnung gesetzt.

Moriz Jókai: Wie muß ich es also im Sinne der Geschäftsordnung anstellen, um jetzt die Dringlichkeit des Antrages nachweisen zu können? Präsident: Der Herr Abgeordnete kann beantragen, daß das Haus seinen Antrag sofort auf die Tagesordnung setze und darüber wird dann abgestimmt.

Moriz Jókai: Und wenn das Haus dann beschließt, den Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen, so kann ich zum Gegenstande nicht mehr sprechen?

Präsident: Dann nicht! Josef Madarász und Thomas Böchy bestreiten, daß der Präsident die Geschäftsordnung richtig interpretire.

Minister Karl Kerkápolyp hält die Interpretation für richtig und erwähnt das Haus, die Form einzuhalten. Jetzt kann Jókai zu seinem Antrage nicht sprechen; allein nichts hindert das Haus, bei der Abstimmung zu beschließen, daß es den Antrag auf die Tagesordnung setze und dann ist die Form gewahrt und Jókai kann zum Gegenstande sprechen. (Beifall von der Linken.)

Moriz Jókai beantragt nun, das Haus möge seinen Antrag für morgen auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Abstimmung erhebt sich die Linke dafür, während die Rechte gegen den Antrag stimmt. Daraufhin verlangt die äußerste Linke die namentliche Abstimmung. Die Namen der Unterzeichner dieses Verlangens werden gelesen und die Rechte findet, daß manche der Unterzeichner gar nicht im Hause sind, sie ruft daher: die Liste gilt nicht! Die namentliche Abstimmung kann nicht stattfinden.

Emerich Henßmann unterzeichnet nun nachträglich die Liste, so daß die 20 Unterzeichner vollständig im Hause anwesend sind. Folgt nun endlich die namentliche Abstimmung. Das Resultat derselben ist folgendes:

Von 417 Abgeordneten stimmten 115 für, 172 gegen den Antrag, fern waren 129 Abgeordnete. Der Jókai'sche Antrag ist somit abgelehnt.

Ministerpräsident Graf Lönpay: Geheiltes Haus! Ich denke, es ist durchaus überflüssig, es immer und wieder zu erwähnen, daß die Regierung und daß wir Alle den aufrichtigen Wunsch haben, die Regelung der Hauptstadt je eher zu vollziehen. (Zustimmung.) Den besten Beweis hierfür lieferte die Regierung damals, als sie den bezüglichen Gesetzentwurf rechtzeitig dem Hause vorlegte. (Unruhe links.) Bei mehreren Gelegenheiten, vorzüglich in meiner am 7. gehaltenen Rede habe ich diesem Wunsche der Regierung Ausdruck gegeben und jedesmal die Erfahrung gemacht, daß die gesammte Majorität diesen Wunsch theilt. Einen neuen Beweis dessen, wie sehr wir das Zustandekommen dieses Gesetzes wünschen, haben wir damals gegeben, als wir verlangten, die Sektionen mögen dasselbe vor allen anderen Vorlagen verhandeln. So viel ich weiß, haben 7 Sektionen ihre Beratungen schon geschlossen. Zwei sind noch im Rückstande. (Rufe links: Drei!) Soviel ich vom Präsidenten erfahren konnte, haben schon 7 Sektionen ihre Beratungen geschlossen und ich kenne auch deren Resultat. Da nun aller Voraussicht nach, die noch übrigen 2 Sektionen ihre Beratungen heute zu Ende führen werden; somit morgen die Centralsektion zusammenzutreten und ihren Bericht ehestens einreichen kann, werde ich — ausgehend von dem Standpunkte, daß die Sektionsberatungen jedenfalls maßgebend sind und im Voraus jene Beschlüsse kennzeichnen, die das Haus fassen wird und in Anbetracht der obgleichwährenden außerordentlichen Verhältnisse, die nicht vorübergehen werden, in Anbetracht der von Jedermann anerkannten Dringlichkeit des Gegenstandes endlich — nachdem der Bericht des Centralauschlusses vorliegen wird, das Haus im Namen der Regierung bitten: es wolle, in Anbetracht all' der vorgebrachten Umstände den hauptsächlichsten Gesetzentwurf, in der von der Centralsektion festzustellenden Fassung en bloc, das ist im Wege einfacher Abstimmung annehmen. (Stürmischer Beifall rechts. Lebhafter Bewegung links.)

Ich habe jene außerordentlichen Umstände hervorgehoben, welche derzeit obgleichwährend, ich habe die Wichtigkeit des Gegenstandes betont und so glaube ich es offen aussprechen zu dürfen, daß es sich hier um die Erfüllung einer Pflicht gegen die Hauptstadt handelt und daß somit meine, unter normalen Verhältnissen vielleicht nicht gebrauchliche aber durchaus nicht beispiellose Bitte genügend motivirt ist. (Klangvoller, lebhafter Beifall rechts. Große Bewegung links. Kurze Pause.)

Koloman Tisza: Soviel ich höre, will der Herr Minister seinen Antrag erst einbringen, nachdem der Centralauschuß über den Gesetzentwurf referirt hat.

Bei diesem Stande der Dinge kann ich natürlich jetzt nicht zum Gegenstande sprechen, doch nehme ich schon jetzt Gelegenheit gegen dieses wider den Parlamentarismus geplante Attentat, mit aller Entschiedenheit zu protestiren. (Lebhafter Beifall links.)

Gsanády: Das ist ein Staatsverbrechen! Minister Jókai: Und die Judicaturversammlung! Und die Civil-Verordnung!

Orf Lönpay: Und die Finanzverordnung! (Lärm links.)

Der Minister des Innern bringt zwei Gesetzentwürfe ein, über die Erhebung der beiden Städte Baja und Goldmező-Waldsiedlung zu Freistädten. Kommunikationsminister Tisza überreicht acht Gesetzentwürfe in Anbetracht der folgenden Eisenbahnlücken: Raab-Debenburg-Ebenfurth, Debenburg-Preßburg-Lundenburg-Waghal, Reghin-Orsova-Weißbregge, Galatzburg-Zapretics, Temesvár-Orsova, Neuhäusel-Trencsin, Kitiada-Wancseva. Ferner zwei Gesetzentwürfe über das sogenannte große Eisenbahngesetz und über die Vermehrung des Kapitals der ersten lebendbürglichen Bahn.

Finanzminister Kerkápolyp überreicht einen Gesetzentwurf in Angelegenheit der Änderung der Konstitutionsurkunde für den Franzenskanal.

Auf der Tagesordnung steht der Beschlusa ntrag des Justizministers: das Haus wolle zur vorgängigen Beratung der jüngst eingebrachten Justizvorlagen eine aus 9 Mitgliedern bestehende Sachkommission entsenden.

Franz Chorin nimmt den Antrag des Justizministers nicht an, da er auch die vorgelegten Gesetzentwürfe nicht für annehmbar hält. Er will eine gründliche Reform und keine Flickarbeit wie sie jetzt geplant wird und wie sie, seiner Ansicht nach nur dazu dienen könnte unsere schon jetzt unersättlichen Zustände noch zu verschlimmern.

Daniel Trányi wünscht, die zu entsendende Kommission möge nicht aus 9 sondern aus 15 Mitgliedern bestehen.

Emerich Hobossy theilt die Ansicht Chorin's vollkommen, daß unsere jetzigen Zustände unheilbar seien und daß eine gründliche Reform angebahnt werden müsse; allein aus alledem folge nicht, daß man vorläufig die Hände in den Schoß legen und gar nichts thun — sondern im Gegentheil, daß man verbessern müsse, wo dies möglich, um auf diesem Wege die gründliche Reform anzustreben. (Beifall rechts.) Er stimmt für den Antrag.

Justizminister Wittó erklärt sich mit der von Trányi beantragten Modifikation einverstanden, was die Bemerkungen Chorin's betrifft, so versichert Redner bloß, daß er noch zahlreiche Gesetzentwürfe fertig habe, die sämmtlich dem Hause vorgelegt werden könnten, sobald das Haus seinen Wunsch ausdrücke, dieselben zu verhandeln.

Daniel Székácsy (äußerste Linke) hielt es für das Gerathenste die österreichische Prozeßordnung in Bauisch und Wogen anzunehmen. Es sei keine Schande etwas von anderen Leuten zu lernen und Redner möchte es mit der österreichischen Prozeßordnung machen, wie Graf Julius Andrássy es einmal in den Sechziger Jahren, in einer Versammlung Zempliner Advokaten empfohlen: er möchte dieselbe beim Fenster hinauswerfen und bei der Thüre hübsch wieder hereinbringen. (Grisette.)

Gabriel Bárády nimmt den Antrag des Justizministers an, unter der Bedingung jedoch, daß das Referat der zu entsendenden Kommission nicht vor das Plenum des Hauses, sondern vor die Sektionen gebracht werde.

Morgen Fortsetzung der Debatte. — Sitzungschluß 2 Uhr.

Die Deputation der Landes-Deakpartei bei Franz Deák.

Die Deputation der Landes-Deakpartei — bestehend aus 18 Herren unter Führung des Herrn Paul Rajner — begab sich heute Vormittags 10 Uhr zu Franz Deák, um diesen, einem gestern gefassten Beschlusse gemäß im Namen der Landespartei zu begrüßen. Deák, dessen leidender Zustand nicht zu verkennen ist, empfing die Deputation mit der ihm eigenen Herzlichkeit und Keuschheit, worauf der Führer derselben, Paul Rajner, folgende Ansprache an den geehrten Patrioten richtete:

„Und ist der ausgezeichnete Auftrag geworden, Dir unsere Verehrung und Hochachtung, unsere Anhänglichkeit und unser Vertrauen auszudrücken; wir huldigen Deiner Weisheit, welche die Basis für das Land geschaffen hat, die ausreißerhalten wir für unsere heilige Pflicht halten.“

Wir ehren Deine Selbstlosigkeit, welche Du auf Deiner langen politischen Laufbahn immer und ausschließlich nur dem Glücke des Vaterlandes zugewendet hast. Wir vertrauen auf Dich und durch Dich auf die Zukunft unseres Vaterlandes, denn auf dem von Dir ausgesprochenen Wege, auf Grundlage der von Dir bekannten Prinzipien glauben wir bestimmt weiter vorwärtszueilen zu können. Wir halten fest an Dir, wir segnen Dich mit dem wärmsten Gesühle unseres Herzens, welches sich in Dir nie getrennt hat und wir bitten den Allmächtigen, er möge Dich lange Jahre leben lassen.“

Nachdem die Ehrensprüche verlesen waren, antwortete Franz Deák ungefähr folgendes:

„Meine Freunde! Tief gerührt von Ihrer Herzlichkeit vermag ich wahrlich nicht, meinen innigen Dank auszudrücken für die Auszeichnung, die Sie mir zu Theil werden lassen. Fünf Jahre sind es, daß wir auf dieser Bahn zusammen gehen; ich möchte sagen, nur fünf Jahre sind es, denn was jetzt zum großen Theile Wirklichkeit ist, war früher nur ein Wunsch. Von einem Programm zu sprechen, wäre jetzt überflüssig. Das Programm ist das alte, was die staatsrechtlichen Fragen anlangt; es ist ausgebracht im Ausgleichsgesetze. Hat sich doch die Partei auf dieser Basis gebildet, und nur derjenige kann sich von ihr trennen, wer diese Basis verläßt. Wir wollen auf dieser Basis weiter voranschreiten. Was die Reformfragen anbelangt, so läßt sich jetzt auch nicht mehr darüber sagen, als daß wir auf freisinniger demokratischer Grundlage fortschreiten und zu Stande bringen wollen, was zu Stande gebracht werden kann.“

Im Leben zeigt sich überhaupt der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Eine, die Theorie, nimmt bloß die Regeln der Wissenschaft und die logischen Konsequenzen in Betracht, und mit diesen können die schwierigsten Fragen gelöst werden — auf dem Papier. Im Leben gibt es aber noch einen anderen Faktor, und der ist: der Mensch und der Wille des Menschen. Die Theorie hat keinen Willen, die wird nach Vorschriften der reinen Vernunft formulirt; der Mensch hingegen hat einen Willen und zwar häufig einen sehr sonderbaren Willen und die Schwierigkeit liegt darin, wie man die Theorie in die Praxis übertragen könne und häufig habe ich die Wahrheit dessen empfunden, was Ventham sagte: „Das Beste ist der größte Feind des Guten.“ Der thut mir sehr wenig zur Förderung des Guten, welcher das Gute nur darum nicht annimmt, weil er auch das Beste zu Stande bringen könnte. Es wäre ein großer Fehler, wenn Jemand, sei es irgend eine Konstitution oder irgend eine Institution, nur in den Einzelheiten beurtheilen wollte; denn es kann heute keine solche Verfassung, keine solche Gesetzgebung, keine solche Regierung geben, die keine Mängel hätte; vor Allem muß man die Dinge in ihrer Gesamtheit beurtheilen.

Sowie der Kaufmann, der sein Geschäft, seine Lage darnach beurtheilt, wie seine Bilanz steht, so muß man auch in der Politik, welche die höchste Wissenschaft ist, dieselbe Norm beobachten. Wenn Jemand sich zur Aufgabe macht, daß er in den Verfassungen, sei es der Regierung, sei es der Gesetzgebung, nur das betrachtet, was noch fehlt, was mangelhaft, was verjährt ist, der wird, wie überall, so auch bei uns finden, daß Mängel vorhanden sind und daß sie nicht vollkommen sind.

Unsere Aufgabe ist es aber, zu beurtheilen, ob in dem einen oder dem anderen Verhalten unter gegenwärtigen Umständen mehr des Guten als des Fehlerhaften ist. Mängel lassen sich viele entdecken; aber etwas darum, weil es mangelhaft ist, verwerfen, ohne an dessen Stelle etwas Fehlerloses zu setzen, das wäre ein unrichtiges Verfahren; denn wir hätten nachher wieder nur ein Mangelhaftes, da wir nichts Vollkommenes schaffen, und ständen dann dort, wo wir früher waren.

Die Frage ist aber jetzt nicht, ob dieses oder jenes mangelhaft ist, sondern ob das Fundament erhalten werden soll. Wenn ja, dann müssen wir auf das Feld der Aktion hinaustreten, auf die Majorität uns stützen und sie neuerdings zu gewinnen trachten. Da wird es nun Aufgabe einer Klugheit sein, das Nothwendige zu thun, dazu wird aber vor Allem strenges Zusammenhalten nöthig sein. Es gibt gewiß so manche unter Euch, die mit diesem oder jenem unzufrieden sind; doch mögen diese bedenken, daß Fehlerlos zu schaffen kaum möglich ist, und mögen sie ihre individuelle Ansicht dem gemeinsamen Zwecke opfern, der, ich wiederhole es, enges Zusammenhalten fordert. Und leitet nicht der Mangel, auch diejenigen leitet er nicht, die an der Spitze der Gewalt stehen; denn Jeder von Euch wird es ja wissen, daß sie lieber heute als morgen davon loskommen möchten. Patriotisches Interesse und nicht Eitelkeit hält sie auf ihren Posten und leitet sie an, so zu handeln, wie sie es thun.

Wer auf dem Boden der Negation steht, der hat es sehr leicht, denn er hat keine Verantwortung. Er kann leicht raisonniren, daß Dies oder Jenes nicht gut sei und anders werden müßte, denn er braucht dieses „andere“ nicht zu vertreten, da das Leben nicht zeigt, was noch nicht geschehen ist. Was nicht geschehen ist, das gleicht dem Manna im alten Testamente, das sich Jeder so erkärt, wie es ihm gefällt, unter dem Jeder das vermutet, was er meint. Betrachten wir die andere Partei, so finden wir, daß am Ende jeder unter ihnen eine eigene Vorstellung von dem „Anderen“ hat, jeder es nach seiner Idee versteht. Nur bei uns ist die Idee Eine, nur wir können nichts Anderes darunter verstehen und

stimmen Alle überein. Und dieses Zusammenhalten, ich wiederhole es, ist die erste Hauptaufgabe.

Der gewisse Führer der Partei war von der ihm dargebrachten Ovation auf das Tiefste gerührt und schüttelte jedem Einzelnen seiner Freunde und Verehrer beim Kommen und Gehen herzlich die Hand.

Z u l a n d.

Dees, 14. März. Ungeachtet der geheimen und öffentlichen Anstrengungen, Abwaschungen und Terrorisirungsversuche der Unten hat bei der Wahl der hiesigen städtischen Municipalorganisation die Dealpartei entschieden gesiegt. Der Spectakel, welchen die Linke im Pester Unterhaus treibt, hat auch hier die Entrüstung aller anständigen Leute hervorgerufen.

Pest, 16. März. (Orig. Corr.) In heutiger Sitzung, welche über den großen Streit über den Theil der Wahlnovelle mit der samstägigen Verhandlung der Petitionen unterbrach, wobei es an Gelegenheit, sehr diese Sache zu besprechen nicht fehlte, interpellirte der Herrmannstädter Abgeordnete Kapp den Justizminister wegen der Sprache der Gerichte erster Instanz auf dem Königsboden.

Der genannte Abgeordnete sprach: Er sei zur Kenntniss dessen gelangt — was übrigens auch die Tagesblätter zu nicht geringer Erregung der öffentlichen Meinung schon allgemein bekannt gemacht — daß der Präsident der k. Tafel in Maros-Vasarhely Baron Karl Apor im Auftrage des Herrn Justizministers die Gerichte und Einzelgerichte bereise und visirte und daß derselbe auf seiner Inspektionsreise Ende v. M. nach Kronstadt gelangt, auch den Kronstädter Gerichtshof inspiciert und visirte hat;

daß Baron Apor — da der Kronstädter Gerichtshof auf dem Gesetze fußt, die hiesig in Geltung stehende innere Amt- und Geschäftssprache beibehalten — sich herausnahm, dem Gerichtshof diesfalls eine Note zu schreiben, den weiteren Gebrauch dieser Sprache geradzuzu verbieten und dem Gerichtshof den ausschließlichen Gebrauch der ungarischen Sprache anzubefehlen;

daß Baron Apor in ganz gleicher Art und Weise mittelst persönlicher mündlicher Weisungen auch schon bei mehreren andern Gerichtshöfen und Einzelgerichten vorgegangen ist und noch vorgeht.

Dem gegenüber halte er es für seine Pflicht, mit Berufung auf das Reichsgesetz v. A. 44: 1868 §§. 7, 8, 9 und 11, dann v. A. 4: 1869 §. 6 Punkt d an den geehrten Herrn Justizminister die Frage zu stellen: 1. Hat der Herr Minister Kenntniss von diesem Vorgehen seines Commissärs Baron Apor? und wenn nicht, will der Herr Minister sich hierüber eingehende Kenntniss verschaffen?

2. Will der Herr Minister rasch die nöthigen Verfügungen treffen, daß diesen Vorgängen ein Ziel gesetzt werde, daß betreff der Antisprache bei den Gerichten erster Instanz die Bestimmungen des Gesetzes in Ehren gehalten und die Anwendung des Gesetzes von Niemanden beanstandet oder gehindert werde?

Die Interpellation ist dem Minister zugestellt worden. Trampi brachte seinen Gesegenswunsch gegen die Wahlumtriebe ein. Das Verlangen, ihn demnach auf die Tagesordnung zu setzen, ist abgelehnt worden. Die aus Anlaß einiger Gesuche von der linken Seite des Hauses gestellten Anträge erzwangen indes hier und da einen Bruch des Stillstehens auf der Gegenseite. Zum Mitbewerber der Opposition noch wenig Aussicht.

Heute wurde ein Flugblatt des alten Lancia's zum Gedächtniß des 15. März unter den Abgeordneten vertheilt. Es ist sanfter, als man von diesem unermüdlichen Streiter und harten Kopfe erwarten konnte.

Pest, 15. März. Die Special-Debatte über die Wahlgesetz-Novelle hat heute begonnen. Das ist das wichtigste Ereigniß des Tages. Nach einigen sehr langen Interpellationen, worunter die von Sabbas Vukosich über das Gegenseitige Commissariat sich befand, nach einer langen Rede von Adam Lazar und den Reden von noch vier Achtundvierzigern nahm das Haus Vukosich's Vorschlag auf Einsetzung einer Special-Commission für den Gesegenswunsch zur Regelung des Criminal-Verfahrens einstimmig an. Hierauf folgte die Special-Debatte über das Wahlgesetz. Es sprachen wohl zum Titel allein ein halbes Duzend Redner; einige Bierzig sind noch vorgemerkt. Es ist jedoch außerordentlich viel dadurch gewonnen, daß die Special-Debatte überhaupt bereits begonnen hat. Sie soll nur, nachdem der Bericht der Central-Section fertig ist, durch den Regierungsantrag auf En-bloc-Aannahme des Gesetzes über die hauptsächlichsten Modificationen unterbrochen werden. Eine Episode wurde von dem Minister Toth zu der Erklärung benutzt, daß die Regierung auf der En-bloc-Aannahme nur dann besthe, wenn dieselbe mit Einstimmigkeit beschloffen würde. Die Linke sollte mit der En-bloc-Aannahme nicht majorisiret werden. Ueberhaupt sollte die Regierung den En-bloc-Antrag so auf, daß sie berechtigt werde, auf Grund des von der Central-Section vorgelegten Gesegenswunsches die Organisation der hauptsächlichsten provisorisch vorzunehmenden und dem nächsten Landtage die detaillierte Verabreichung des Gesetzes vorzubehalten. Diese überraschende Interpretation der gestrigen Rede Lonyay's soll den Zweck haben, das linke Centrum zurückzuhalten, sich neuerdings die Grundfrage einer Verständigung zwischen der Deal-Partei und der Lega-Partei werden, gegen welche Coalition die äußerste Linke nichts mehr auszurichten vermöchte.

Pest, 16. März. Heft Kronika theilt mit, daß der Minister des Äußern bei der Pester Unterhandlungen zu dem Zwecke eingeleitet habe, damit Oesterreich-Ungarn bei dem Tabakkauf auch nach der Einführung des Monopols in der Türkei die bis jetzt zugestandene Begünstigung gewahrt bleibe.

Pest, 16. März. Der Primas Simor versammelte wehrmals in seiner Wiener Wohnung die Spitzen des ungarischen Clerus. Die letzte Konferenz hatte die Parteistellung des ungarischen Episcopats zum Gegenstande. Ein Theil plaidirte für die Passivität, ein anderer für die Bildung einer katholischen Partei. Definitive Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden.

Der im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesegenswunsch über das Eisenbahngesetz umfaßt folgende Linien: Semlin-Bra-Wien, Semlin-Dgulin, Gloggo-Gradiška, Ofen-Gran-Zalna, ferner Vojtek-Deusch-Bogian.

Pest, 16. März. Graf Andrássy ist gestern Abends angekommen. Er reist Montag mit dem Kaiser nach Wien zurück. — Die „Reform“ schreibt: Gestern nach der Abendigung des Abgeordnetenhauses fand ein Ministerrath im Landhause statt, welcher bis 10 Uhr dauerte. Gegenstand der Besprechung war die eventuell notwendig werdende Auflösung des Reichstages.

Wien, 16. März. Die heutigen Journale sprechen sich so ziemlich übereinstimmend im günstigsten Sinne über die Auflösung des böhmischen Landtages aus und beglückwünschen das Ministerium zu diesem bedeutenden Schritte nach vorwärts.

Ein, 15. März. Im clericalen „Volksblatt“ erklärt Weiß v. Starckenfeld, er habe die Herausforderung Baron Reich's nicht angenommen, „gehörig dem Gebote Gottes und der Kirche, der er treu und unerschütterlich angehöre“.

Oras, 15. März. Angesichts der immer größer werdenden Zunahme der Gesandten der Stadt brachte in der heutigen Gemeinderathssitzung das Mitglied der Gemeinderathung, Herr Reichenberg, den Antrag vor, es möge ein Landesgesetz erwidert werden, künftig zwei Vice-Bürgermeister für Oras anstatt einen bestellt werden.

Prag, 15. März. Alle Parteien sind durch das so rasch erfolgte kaiserliche Aufhebungspatent überrascht; im öffentlichen und feudalen Lager der sch., nachdem die Landtags-Auflösung erklärt worden, haste Verblüffung.

fung. Im Kreise der geistlichen Führer haben wegen der Wahlen bisher noch keinerlei Erörterungen stattgefunden.

Prag, 15. März. Im Laufe der nächsten Woche wird in Prag ein deutscher Parteitag oder jedenfalls eine Conferenz der deutschen Abgeordneten stattfinden.

Prag, 15. März. Nach hieshergelangten Mittheilungen werden die im Verfassungskomitee angenommenen Anträge Schulte's betreffs der Altstapeln in Regierungskreisen erster Würdigung unterzogen. — Die Bohemia meldet: Die Versammlung der Bischöfe hielt seit Dienstag fünf Sitzungen, Dienstag und gestern auch Sitzungen, die bis 8 Uhr Abends währten. Vor Beginn der gestrigen Vormittagsitzung hatten die fremden Bischöfe unter Führung des Fürst-Bischofs von Olmütz Radetzky beim Kaiser Ferdinand. Die gestrige Nachmittagsitzung war die Schlusssitzung. Die Abreise der Bischöfe und Delegirten erfolgte heute. Ein Mitglied der Bischöflichen Versammlung regte die Frage an, ob Schulte nicht nach dem ähnlichen Vorgange des Münchener Bischofs von Freising zu recommuniciren sei. Cardinal Schwarzenberg jedoch lehnte die Erwägung und Verabreichung dieser Angelegenheit ab. — Die „Politik“ fordert alle „patriotischen“ geistlichen Berthe auf, an den magyarschen Verbänden Rastoff den Ruf zu erheben zu lassen, daß er das Eril aufgeben und ins Vaterland zurückkehre.

Prag, 16. März. Die Prager Zeitung enthält eine Kundgebung des Statthalters von Böhmen, wonach die Landtagswahlen von den Landgemeinden am 18. April, von den Städten, Industrialdörfern und Handelskammern am 20. April und von dem Großgrundbesitze am 22. April vorgenommen werden.

M u s i k a n d.

Berlin, 15. März. Die Staatsregierung bereitet umfassende Schritte gegen die katholischen Capläne vor, welche sich als Hauptstreb der clericalen Agitation erwiesen haben.

Berlin, 15. März. Das Herrenhaus genehmigte einstimmig und ohne Debatte das Budget für das Jahr 1872. Der Finanzminister hob hervor, daß der Staat mit einem Plus von 14 1/2 Millionen Thaler in das Jahr 1872 einträte und daß durch die Erhebung des Staatschages, den Wegfall der bisher dem norddeutschen Bunde creditirten Steuerbeiträge und durch die höheren Erträge der Steuercredite 44 Millionen zur Tilgung von Schulden verwendet werden können.

Breslau, 15. März. Die innere ungeschliche Verbindung der oberhiesigen ultramontan-katholischen Volksvereine erscheint erwiesen, weshalb die Landräthe, die Staatsanwaltschaft und Regierung nunmehr energisch einschreiten. Der Kreis-Volksverein in Grottau wurde gestern wegen Verletzung des Vereinsgesetzes aufgelöst.

Karlsruhe, 15. März. Die Abgeordneten-Kammer hat mit allen gegen 11 Stimmen in zweiter Lesung Gesegenswünsche angenommen, nach welchen die öffentliche Lehrmittelanstalt von Mitgliedern religiöser Orden und ordensähnlicher Congregationen, sowie die Abhaltung von Missionen durch fremde Ordensmitglieder untersagt sind.

Paris, 16. März. In der gestrigen Sitzung der Budget-Commission beantragte Lheris Einnahmen von 51 Millionen auf Geoplinste und von 60 Millionen auf andere Rohstoffe. Die Commission soll die letztere Steuer annehmen, die eizere dagegen ablehnen wollen. Lheris wird diesen Antrag auch in der National-Versammlung einbringen.

Verailles, 15. März. Die Enabden-Commission hat die Verurteilung wegen der Ermordung von Geiseln zum Tode verurtheilten Beau de Lisle, Dapfel und Guard verworfen.

London, 14. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses antwortete Gladstone auf eine Anfrage Disraeli's, er habe keine amtliche Nachricht bezüglich der Ankunft der Antwort des amerikanischen Staats-Secretärs Fish; er glaube aber, daß die Antwort heute früh eingetroffen sei und sich gegenwärtig in den Händen des amerikanischen Seerandens befände.

London, 15. März. Aus Mexico wird via Brownsville gemeldet: In Matamoros circulirt das Gerücht, daß die Aufständischen bei Rancho Salinas geschlagen wurden.

J o k e l - u n d T a g e s n a c h r i c h t e n.

— (Guter Wein.) In einem Wirthshaus läge ein Gast sich ein Sittel Wein geben. Der erste Schuch überzeugt ihn, daß er es mit einem Gurgelwürger zu thun habe; er läßt somit den größten Rest unberührt und fragt den Wirth, wie viel der Wein koste? „16 Kreuzer“ lautet die Antwort. Der Gast legt 32 Kreuzer auf den Tisch und schied sich an fortzugehen. — „Herr, Sie haben um 16 Kreuzer zu viel gezahlt.“ — sagt der Wirth. — „Das weiß ich.“ — erwidert der Gast — „die anderen 16 Kreuzer sind als Scherzgebühren für den Unglücklichen bestimmt, welcher vom unerwartlichen Schicksale verurtheilt sein wird, den Rest des von mir gezahlten Sittels Wein auszuräumen.“

— Ein Kuriösum erzählt „Alföld“ als Beitrag zur Geschichte der Richternennungen: Ein Sachwalter Advokat kam um eine Richtersstelle beim Gerichtshof ein; er erhielt auch die Gemeinungsbestätigung, legte den Dienst ab und nahm seine Richtersstelle ein. Dieser Tage nun erhielt er sein Gehalt zurück mit dem Indorsat, daß seinem Ansuchen keine Folge gegeben werden könne.

V e r e i n s - N a c h r i c h t e n.

Hermannstadt, 18. März. Gestern fand im Magistratsgebäude die Generalversammlung der hiesigen Pfandleih-Anstalt statt. Dieselbe wurde vom Vorsteher Herrn Senator Michael Heinrich, um 11 Uhr v. M. eröffnet. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls über die vorjährige Generalversammlung theilte der Vereinsdirector F. R. Jickeli mit, daß das im eben gelesenen Protokolle erwähnte Revisions Komitee die betreffenden Rechnungen über die Geschäftsbearbeitung im Jahre 1870 eingehend geprüft und vollkommen richtig befunden habe. Sodann trug der Vereinsdirector den Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1871 in ersichtlicher Weise vor. Aus dem Berichte erhellt, daß die erzielten Resultate sehr zufriedenstellend seien und das Reinerträgniß mehr als die doppelte Höhe jenes vom Jahre 1870 erreicht habe. Abgültig der den Beamten zugesicherten Lantienem werden statunggemäß 50 Prozent des Reinerträgnisses von 1661 fl. 71 kr. dem Reversofonde einverleibt, die anderen 50 Pct. zu gleichen Theilen dem Vorshufvereine und dem Sparfassenvereine zugewährt.

Der Bericht sammt Bilanz und die Schilderung der anstrengenden Thätigkeit der Beamten der Anstalt wurden von der zahlreichen Versammlung mit ungeschwächtem Interesse entgegengenommen.

Dapert's Antrag, der Direction und dem Verwaltungsrathe für die Opfer an Zeit und Mühe, durch die es allein möglich geworden, die vorerwähnten glänzenden Resultate zu erzielen, den Dank der General-Versammlung zu votiren, wurde unter lebhaften Hochrufen angenommen.

Nachdem der Vereinsdirector auf die von Lutz gestellte Anfrage: Weßhalb der Sparfassenverein im gleichen Theile des Reinerträgnisses erhalte, obgleich der Vorshufverein im abgelaufenen Jahre ein größeres Vertriebskapital der Pfandleih-Anstalt zur Verfügung stellte? in einer den Interessen ganz befriedigenden Weise die Antwort erhielt hatte, stellte Lutz in Erwägung dessen, daß es schätzerisch sei, sich über eine Reihe von Ziffern nach bloß einmaligen Anhören gründlich auszusprechen, den sehr praktischen Antrag, es möge der Rechenschaftsbericht in Hinfunft gedruckt und den

Mitgliedern mindestens 8 Tage vor der Generalversammlung zugestellt werden. Die Generalversammlung erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden, bezugnehmend mit dem Antrage Albrecht's, daß die Statuten der Anstalt in Druck gelegt und den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

34 Mitgliedern des Revisions-Komitee wurden über Vorschlag des Vorshufvereins und zwar mittelst Affikamation gewählt: Johann Lutz, Joh. Süßmann und Andreas Conrad.

Als Bericht einer Präsenzliste für die Verwaltungsräthe wurden 3 fl. auf den halben Tag festgesetzt.

Der Antrag Dr. Müller's, den Mitgliedern des Sparfassenvereins die in Druck zu legenden Sitzungen der Pfandleih-Anstalt zugänglich zu machen, fand Zustimmung.

Nach somit erfolgter Erledigung der Verhandlungsgegenstände erklärte der Vorstand der Generalversammlung für beendet.

— Am selben Tage und zwar 5 Uhr v. M. erkrankte Herr Samuel Otto in seinem und im Namen seines Mitdeputirten Herrn Andreas Wenzl im Gewerbevereins-Gebäude vor einer unter zahlreichen Versammlung ausführlichen Bericht über die Mission zur Landtagskonferenz der Gewerbetreibenden in Pest. Den Verlauf des Gewerbebetages können unsere Leser bereits aus den Mittheilungen unseres Blattes.

Der sonst maßvolle und sehr klare Bericht spitzte sich am Schlusse leider in eine keineswegs begründete Polemik gegen hiesige „Zeitungskorrespondenten“ und sogenannte „Bürgerfreunde“ zu, welche den Bürgerstand angeht in den Rath gesetzt und dem Gewerbetage in Pest ein Fackelprophet haben sollen u. s. w.

Es ist das insoweit unrichtig, als — mindestens in unserem Blatte — nicht dem Gewerbetage in Pest, sondern dem in den ersten 4 Richtschneepunkten enthaltenen Versuche der Wiedereröffnung des „Zunfts zwanges“ ein Fackelprophet wurde und die Prophezeiung auch wirklich in Erfüllung gegangen ist, während die anderen 6 Punkte, mit welchen unser Korrespondent sich vollkommen einverstanden erklärt hatte, vom Gewerbetage auch wirklich angenommen wurden. Ebenso unrichtig ist der Vorwurf, daß der Bürger- oder Gewerbetag durch Artikel im Interesse der Gewerbefreiheit in den Rath gesetzt worden. Es ist das eine rein subjektive Auffassung, die unsere Ansichten über jeden Justizzwangsversuch nicht im Geringsten beirren kann.

Nicht für, sondern gerade gegen die Bevormundung des Gewerbes (und der Justiz) gerade eben der Bevormundung wie ein Ei dem andern haben unsere Korrespondenten ihre Stimme erhoben, weil der Justizzwang nicht nur eine Bevormundung des Gewerbes im engeren Sinne, sondern auch eine Bevormundung des die Zahl der Gewerbetreibenden wohl zwanzigfach oder noch höher übersteigenden konumirenden Publikums im weiteren Sinne ist. Gleichwie wir gegen die justizmäßige Bevormundung der Hermannstädter Handels- und Gewerbevereine durch die Kronstädter Handels- und Gewerbevereine sind, ebenso werden wir zu jeder Zeit unsere Stimme gegen jede andere Justizzwangserhebung, weil die Rückwirkung einer solchen von den Konsumanten hart empfunden wird. Wir sind für die freie Kirche im freien Staate, aber auch für die freie Arbeit im freien Staate. Zwischen solchen Bestrebungen aber und dem Käuflichmachen des Gewerbebetages, dem wir gerade in unserem Blatte so oft und wiederholt Anerkennung und Würdigung gesellt, ist denn doch ein himmelhoher Unterschied. Allein neben dieser Anerkennung und Würdigung ist es selbstverständlich, daß wir die publizistische Pflicht, den Interessen der anderen Bürger, welche gerade nicht Gewerbetreibende sind, gerecht zu werden, nicht außer Acht lassen wollen.

Wir hielten diese Bemerkung für notwendig, um die gegen die hiesige Presse (wir können diesen Kamulatio-Ausdruck gebrauchen, weil alle hiesigen Blätter in der Frage des Justizzwanges im Prinzipie einer und derselben Anschauung sind) am Schlusse des erwähnten Berichtes gerichteten Vorwürfe auf das richtige Maß zurückzuführen.

Nachdem Herr Samuel Otto seinen Bericht erlautet und sein Mitdeputirter die erfreuliche Mittheilung gemacht hatte, daß das Centralkomitee in Pest die Zustimmung erteilt habe, mit dem hier zu bildenden Bezirkskomitee den schriftlichen Verkehr in deutscher Sprache pflegen zu wollen, wurde der Antrag Ganel's, den Deputirten den Dank der Versammlung zu votiren, dann der Antrag des Berichterstatters, Herrn Odbin Steinacker für dessen freundliches Gargenommen und dessen dem sachlichen Gewerbebetage entgegenbrachte warme Sympathie die Anerkennung dieser Versammlung auszusprechen und ihn hieron zu verabschieden, — einhellig angenommen und hierauf die Versammlung beendet.

P r o g r a m m

für die Mittwoch den 20. März 5 Uhr Nachmittags abzuhaltende Communitäts-Sitzung.

1. Bestellung eines Schwörungerichtes bei dem hiesigen k. ung. Gerichtshof zur Urtheilssprechung in Verprozessen.
2. Gehalt der Delatber-Bräuhausgesellschaft um Rückvergütung der Accise für das Bier, welches aus Hermannstadt wieder ausgeführt wird.
3. Eingabe der Lalmatider Kaufmännische gegen die Abnahme der Thor-Accise für Transito-Geräthe.
4. Entscheidung des h. l. ung. Ministeriums des Innern, betreffend die Verpachtung der Spirituaccise.
5. Antrag auf Erhöhung der Bezüge des städtischen Baumschulgärtners.
6. Ansuchen des Stadthausverwalters um Aufnahme eines technischen Aushilfsbeamten.
7. Sicherstellung der städtischen Glasarbeiten pro 1872.
8. Ansuchen des landwirtschaftlichen Bezirksvereins um einen Beitrag aus Allobadmitteln zu den Kosten für die angeordnete Ausrüstung von Stieren.
9. Sicherstellung der städtischen Holz-Beuren.
10. Ansuchen der Jrenbach'schen Direction wegen Ankauf des alten Z binfl bettes vor dem Burgthor.
11. Antrag wegen Ankauf des Hauses Nr. 4 der innern Stadt aus Allobadmitteln.
12. Bericht der Rechnungs-Prüfungs-Kommission über die Prüfung der 1870er Amex-Fonds-Rechnungen.
13. Antrag auf Einbringung einer Vorstellung bei dem h. l. ung. Ministerium in Angelegenheit der bevorstehenden Anlegung eines neuen Grundbuches.
14. Gesuche um Unterstützung und Theuerungsbeträge.

Hermannstadt, 19. März 1872.

F r e m d e n l i s t e.

Angelommen am 18. März:

- Römischer Kaiser.** A. Reuwirth, Hopsenbändler aus Böhmen; A. Krast, C. Cobeca, Baumunternehmer aus Mandra; A. Reinhardt, Weinlehrer, aus Wien; A. Böhm, Ingenieur aus Mediasch.
- Ungarische Krone.** N. Gassica, S. Stelula, Kaufleute aus Kronstadt; C. Kiehl, Gerichtsbeamter, D. Dengel, Gilmirich, aus Fogaras; S. Cságar, Unterarzt aus Peterwardein; F. Overgely, Expeditor aus Porumbach.
- Mediascher Hof.** J. Klöß, Wirthschafter, S. Theuerl, ev. Pfarrer aus Gr.-Kopisch; D. Weirich, aus Szegburg; M. v. Trauchensfels, Majoranditor-Gattin aus Kronstadt; M. Kappel, Geschäftsmann aus Koltzoffer; E. Tóth, Kaufmann aus Elisabethstadt; G. Hermann, Kaufmann aus Marthjaffels.
- Reumüller.** Batista Grotic, Decomom aus der Walachei; J. v. Tüll, Privatier aus Fogaras; F. Liber, Baumunternehmer aus Klausenburg; Johann Nagy Szolts, Inspector aus Namor.

T e l e g r. W i e n e r C o u r s v o m 1 8. M ä r z 1 8 7 2.

5% Metalliques	64.85	Ungar. Grundentlastungsbil.	81.25
5% mit Nat. u. Novem-Zinsen	64.85	Lombard	78.25
5% National-Anlehen (Silber)	70.50	Siebenb.	78.—
1860er Staats-Anlehen	102.75	Kroat.-Slav.	—
Bankaktien	840.—	Silber	107.50
Rechtaktien	346.—	R. l. Pünig-Dufaten	5.23
Papier	109.85	Napoleon'sor	8.71

